

# Die Verfassungsrechtsprechung zur Beteiligung Griechenlands an der europäischen Integration

Dr. iur. Giorgos *Christonakis*, LL.M.

## Gliederung

- I. Anstatt einer Einleitung: Grundsätzliches zur griechischen Verfassungsrechtsprechung und zur Integrationsklausel
  1. Der Aufbau der griechischen Gerichtsbarkeit
  2. Die richterliche Befugnis zur inzidenten Verfassungsmäßigkeitsprüfung und die Rolle des Obersten Sondergerichtshofes
  3. Die Ermächtigung der Verfassung zur Beteiligung Griechenlands an der europäischen Integration
- II. Ausgangsfall: Vorrangverhältnis zwischen Gemeinschaftsrecht und der nationalen Verfassung
- III. Die Vorgeschichte beim Staatsrat: grundsätzlich horizontal gekoppeltes Komplementärverhältnis zwischen nationaler und Gemeinschaftsrechtsanwendung
- IV. Die Haltung des Areopags
- V. Die Haltung der anderen Gerichte
- VI. Analyse und Kritik der rechtmethologischen Struktur der relevanten Judikate
  1. Verneinung der Relevanz von Gemeinschaftsrecht
  2. Gemeinschaftsrechtsfreundliche Rechtsanwendung
    - a) *Enge Auslegung der Ausnahmeregelungen*
    - b) *Teleologische Reduktion*
    - c) *Ausweitung des Anwendungsbereiches innerstaatlichen Rechts*
    - d) *In dubio pro gemeinschaftsrechtsfreundliche Interpretation*
    - e) *Effet utile als Argumentationstopos*
- VII. Ebenen der Integrationswirkung
  1. Auslegung der Verträge und Richtlinien
  2. Auslegung von nicht umgesetztem Richtlinienrecht
- VIII. Umgekehrte Integrationswirkung auf das Unionsrecht durch nationale Institute
  1. Heranziehung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes
  2. Die Subjektivierung des Rechtsschutzes bei öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten durch die Klagebefugnis
- IX. Teilweise zögerliche Vorabentscheidungspraxis
- X. Fazit

## **Die Verfassungsrechtsprechung zur Beteiligung Griechenlands an der europäischen Integration**

Dr. iur. Giorgos Christonakis, LL.M.<sup>1</sup>

### **Thesen**

1. Die Verfassungsrechtsprechung zur Beteiligung Griechenlands an der europäischen Integration stammt in erster Linie aus dem Staatsrat, dem obersten, dem französischen Conseil d'Etat nachgebildeten Verwaltungsgerichtshof, aber auch aus einigen Zivilgerichten. Der griechische Verfassungsgeber hat es 1975 nach Wiedereinführung der Demokratie vorgezogen, die Verfassungsgerichtsbarkeit nur eingeschränkt einzuführen. Die Verfassung bestimmt, dass die Gerichte ein Gesetz nicht anwenden dürfen, dessen Inhalt gegen sie verstößt (Art. 93 Abs. 4), und räumt damit jedem Gericht die Befugnis zur inzidenten und konkreten Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit formeller Gesetze ein. Durch die Verfassungsrechtsprechung anderer Gerichte und die dazu gehörende verfassungskonforme Normauslegung wird das einfache Recht in Griechenland zunehmend konstitutionalisiert. Die einzige genuine Entscheidungskompetenz als Verfassungsgericht besitzt der Oberste Sondergerichtshof, wenn er über einen Streit über die materielle Verfassungswidrigkeit oder den Sinn von Bestimmungen eines formellen Gesetzes zu entscheiden hat, wenn darüber widersprüchliche Entscheidungen des Staatsrates, des Obersten Gerichtshofes (Areopags) oder des Rechnungshofes ergangen sind. Der Oberste Sondergerichtshof hat sich bislang mit Fragen der europäischen Integration kaum beschäftigt.
2. Bis zum Jahre 2004 haben die Senate des Staatsrates, es fast gänzlich vermieden, über jegliche Vorrangrelation zwischen Verfassungs- und Gemeinschaftsrecht bzw. Unionsrecht zu befinden. Die Ausführungen in den jeweiligen Judikaten erwecken den Eindruck, dass die Richter beide Rechtsordnungen in einem streng horizontal gekoppelten Komplementärverhältnis<sup>2</sup> wahrnehmen. Erst in einer Entscheidung des 4. Senats zu einem medienrechtlichen Fall mit vergaberechtlichem Einschlag (Ausschluss des „Hauptaktionärs“ in Medienunternehmen von der Zuschlagserteilung in öffentlich-rechtlichen Vergabeverfahren) wurde mit überwiegender Mehrheit ein Vorrangverhältnis zugunsten der streitentscheidenden Regelung der nationalen Verfassung (Art. 14 Abs. 9) anerkannt, und zwar mit der rechtsmethodisch alles andere als einwandfreien Begründung, ein Vorrang des Gemeinschaftsrechtsordnung gegenüber der Verfassung käme einer Verneinung der Änderungsbefugnis des griechischen Verfassungsgebers gleich, obwohl die Bestimmungen in der Integrationsklausel des Art. 28 der Griechischen Verfassung keine höhere formelle Kraft als andere Verfassungsvorschriften beinhalten. Das Plenum, an das der Fall verwiesen wurde, hat dazu keine Stellung ge-

---

<sup>1</sup> Expert Counsellor im Außenministerium Griechenlands; Dozent für Verwaltungsrecht und Vergabemanagement sowie Gesetzgebungstechnik an der Staatlichen Hochschule für die Öffentliche Verwaltung in Athen.

<sup>2</sup> Ausdruck nach Jestaedt, Der europäische Verfassungsverbund. Verfassungstheoretischer Charme und rechtstheoretische Insuffizienz einer Unschärferelation, in: Calliess (Hrsg.), Verfassungswandel im europäischen Staaten- und Verfassungsverbund, 2007, S. 93/110.

nommen. Es übersendete jedoch dem EuGH unter Berufung u.a. auf die La Cascina und Fabricom-Rechtsprechung das Ersuchen um Vorabentscheidung bezüglich Fragen des abschließenden Charakters der streitentscheidenden vergaberechtlichen Sekundärrechtsnormen, der Vereinbarkeit des Ausschlusses des „Hauptaktionärs“ mit dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz und der Prüfung des anzuwendenden Richtlinienrechts im Lichte der angegebenen Normierungsgründe des „Hauptaktionärs“, interessanterweise unter den Aspekten der Vorbeugung von Wettbewerbsverzerrungen, der Förderung der Transparenz und der Verletzung des Subsidiaritätsprinzips. Der Generalanwalt scheint übrigens in seinen Schlussanträgen<sup>3</sup> auf der Linie der Fabricom-Rechtsprechung nicht an der grundsätzlichen Gemeinschaftsrechtskonformität der griechischen Verfassungsnorm zu zweifeln. Er geht nämlich davon aus, dass das Gemeinschaftsrecht grundsätzlich einen Mitgliedstaat nicht daran hindert, Bieter, die mit Medienunternehmern verbunden sind, von Vergabeverfahren auszuschließen, um zwecks Entwicklung eines wirksamen Wettbewerbs die gemeinschaftlichen Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung der Bieter zu gewährleisten, wenn die Maßnahme mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Einklang steht. Letzteres ist dann nicht der Fall, wenn die Eigenschaft eines „Hauptaktionärs“ im verfassungsvollziehenden Gesetz mit der Eigenschaft eines Bieters für allgemein unvereinbar gehalten wird. Sechs Jahre davor hat ein beachtliches Minderheitsvotum (11 gegen 16 Stimmen) im Rahmen einer Plenarentscheidung zur Anerkennungspflicht für akademische Studiengänge, von denen ein Teil in Form von Niederlassungen ausländischer Universitäten in Griechenland vorgesehen war, lediglich eine Kollision der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit der Verträge mit der griechischen Verfassung erblickt. Der Staatsrat in seiner Mehrheit glaubte, durch grundsätzliche Verneinung der Gemeinschaftsrechtsrelevanz dem Problem ausweichen zu können, anstatt die Grundsatzfragen dem EuGH vorzulegen. Es war letztlich die Frage der Vereinbarkeit des Ausreiseverbotes für Schuldner der öffentlichen Hand mit dem Gemeinschaftsrecht im Hinblick auf die Arbeitnehmerfreizügigkeit, die in den Jahren 1994 und 1995 den 4. Senat des Staatsrates spaltete. Von seiner fünfgliedrigen und siebengliedrigen Besetzung ergingen nacheinander zwei divergierende Entscheidungen. In der ersten wurde zum ersten (und mehrheitlich einzigen) Mal das Bekenntnis zum Vorrang des Gemeinschaftsrechts im Kollisionsfall abgelegt; von der anderen Entscheidung des Senats wurde es unmittelbar danach revidiert.

3. Bei der Herstellung des juristischen Syllogismus in den themarelevanten Judikaten des Staatsrates wird häufig bereits im Obersatz ein Befund über die Verfassungskonformität der streiterheblichen nationalen Norm vorgebracht; dann folgen die Ausführungen zu ihrer Vereinbarkeit mit dem Gemeinschaftsrecht. Jedoch wird den Leitentscheidungen des EuGH und insbesondere dem europarechtlichen Effektivitätsgebot und der anzustrebenden Europäisierung des Grundrechtsschutzes in der gesamten griechischen Gerichtsbarkeit Folge geleistet. Die Autonomie der Gemeinschaftsrechtsordnung wird dabei nie angezweifelt. Zur Rechtsnatur der Union wird nicht Stellung genommen.

---

<sup>3</sup> Siehe die Schlussanträge zur Rs. C-213/07.

4. Im Gegensatz dazu haben sich die unteren Zivil- und Verwaltungsgerichte - offenbar angesichts der in der Verfassung als unbegrenzt verankerten Befugnis des griechischen Richters auf Verfassungsmäßigkeitsprüfung aller Normen - häufig und anlässlich unterschiedlicher Fallkonstellationen ausdrücklich für das Primat gemeinschaftsrechtskonformer Rechtsanwendung selbst gegenüber der Verfassung ausgesprochen. Bemerkenswert ist allerdings die konservative Haltung des Areopags, der im Kassationsverfahren die streitige Entscheidung nicht von Amts wegen auf ihre Konformität mit dem Gemeinschaftsrecht prüfen will.
5. Die richterliche Anwendung von (noch) nicht umgesetztem Richtlinienrecht hat sich als wahres Gegengewicht gegenüber der sich immer wieder zeigenden Nachlässigkeit des griechischen Gesetzgebers bewährt, auf dessen Normsetzungspflichten nachdrücklich hingewiesen wird. Es werden ferner oft nationale Normen teleologisch reduziert oder umgekehrt deren sachlicher Anwendungsbereich erheblich erweitert, damit der Integrationseffekt erzielt wird.
6. Die Ausführungen in mancher Entscheidung des Staatsrates erwecken den Eindruck, das Gericht wende bei der Anwendung des gemeinschaftsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes strengere Anforderungen an, sodass dieselbe Norm die gemeinschaftsrechtliche Hürde nicht besteht, während sie gleichzeitig gemessen an den dem Gericht geläufigen Verhältnismäßigkeitsmaßstäben für unbedenklich erklärt wird.
7. Als typischer Fall umgekehrter Integrationswirkung der Rechtsanwendung kann die Rechtsprechung zur verwaltungsprozessualen Klagebefugnis in umweltrechtlich relevanten Streitigkeiten angesehen werden. Die von der Rechtsprechung des EuGH verlangten Voraussetzungen für die Entwicklung eines individuellen Rechts und entsprechend für den Zugang zum Gericht sind denen des Klagerechts der griechischen Verwaltungsgerichtsbarkeit vergleichbar. Dass wie im Gemeinschaftsrecht wegen deren finaler Ausrichtung auch im griechischen Prozessrecht nach Individualisierungskriterien vor dem Hintergrund der Mobilisierung des Einzelnen für die Durchsetzung des Rechts zu suchen ist, überrascht nicht. Während der Verfahrenszweck im griechischen Prozessrecht infolge der Abstammung aus dem französischen Kassationssystem primär der Erhaltung der objektiven Rechtsordnung dient, umfasst der gemeinschaftsrechtliche Prozesszweck auch die objektive Rechtskontrolle.
8. Die Zahl der Vorabentscheidungsverfahren ist in Griechenland wesentlich geringer als in anderen Unionsländern<sup>4</sup>. Während untere Gerichte von der Möglichkeit einer Vorlage beim EuGH ohne ersichtliche Zurückhaltung Gebrauch machen, verweisen die Senate des Staatsrates streiterhebliche Fragen meistens in das Plenum. Selbst in Fällen von Minderheitsmeinungen werden vom Plenum selten Vorlagen nach Luxemburg adressiert.

---

<sup>4</sup> Nach dem im Jahre 2002 bei der Vereinigung der Obersten Verwaltungsgerichte der EU vorgelegten Länderbericht beträgt die gemeinschaftsrechtliche Relevanz der anhängigen Verfahren jährlich ca. 15 Fälle aus 4.500-5.000.

# Tiesu prakse par Grieķijas piedalīšanos Eiropas integrācijā

Dr. iur. Giorgos *Christonakis*, LL.M.

## Referāta uzbūve

- I. Ievada vietā: vispārējas piezīmes par Grieķijas tiesu praksi jautājumos, kas saistīti ar konstitucionālajām tiesībām, un integrācijas klauzulu
  1. Grieķijas tiesu jurisdikcijas uzbūve
  2. Tiesnešu kompetence konkrētās lietas ietvaros pārbaudīt normas atbilstību konstitūcijai un Augstākās speciālās tiesas loma
  3. Konstitūcijā ietvertais pilnvarojums Grieķijai piedalīties Eiropas integrācijā
- II. Sākotnēji: Pārākuma attiecības starp Koptienu tiesībām un nacionālo konstitūciju
- III. Piekšvēsture Valsts padomē: principā horizontāli saistītas savstarpēji papildinošas attiecības starp nacionālo tiesību normu un Koptienu tiesību normu piemērošanu
- IV. Augstākās tiesas (Areopags) nostāja
- V. Citu tiesu nostāja
- VI. Būtiskajos nolēmumos izmantotās juridiski metodoloģiskās struktūras analīze un kritika
  1. Koptienu tiesību būtiskuma noliegšana
  2. Koptienu tiesībām „labvēlīga“ tiesību piemērošana
    - a) *Izņēmumu noteikumu šaura iztulkošana*
    - b) *Teleoloģiskā redukcija*
    - c) *Iekšējo valsts tiesību piemērošanas jomas paplašināšana*
    - d) *In dubio pro Koptienu tiesībām „labvēlīga“ interpretācija*
    - e) *Effet utile* kā argumentācijas „figūra“
- VII. Integrācijas iedarbības līmeņi
  1. Līgumu un direktīvu iztulkošana
  2. Nacionālajās tiesībās neievieisto direktīvu iztulkošana
- VIII. Nacionālo tiesību institūtu apgrieztā integrācijas iedarbība uz Savienības tiesībām
  1. Atsauksšanās uz samērīguma principu
  2. Prasības celšanas tiesā gadījumā notiekošā tiesību aizsardzības subjektivizācija publiski-tiesiskajos strīdos
- IX. Daļēji atturīga prakse prejudiciālo nolēmumu pieprasīšanā
- X. Noslēgums

## Tiesu prakse par Grieķijas piedalīšanos Eiropas integrācijā<sup>1</sup>

Dr. iur. Giorgos Christonakis, LL.M.<sup>2</sup>

### Tēzes

1. Tiesu praksi par Grieķijas piedalīšanos Eiropas integrācijā ir radījusi pirmām kārtām Valsts padome, Augstākā, pēc Francijas Valsts padomes (*Conseil d'Etat*) piemēra uzbūvētā administratīvā tiesa, kā arī dažas civiltiesas. Grieķijas konstitūcijas pieņēmējs 1975. gadā pēc demokrātijas atjaunošanas deva priekšroku konstitucionālo tiesu jurisdikcijas ieviešanai tikai ierobežotā apjomā. Konstitūcija noteic, ka tiesas nedrīkst piemērot tādu likumu, kurš saturiski neatbilst konstitūcijai (93. panta 4. daļa). Tādējādi katrai tiesai ir piešķirta kompetence konkrētās lietas ietvaros pārbaudīt parlamenta pieņemto likumu atbilstību konstitūcijai. Sakarā ar citu tiesu praksi un ar to saistīto normu iztulkošanu atbilstoši konstitūcijai vienkāršās tiesības Grieķijā arvien vairāk tiek konstitucionalizētas. Vienīgā patiesā izlemšanas kompetence kā konstitucionālajai tiesai pieder Augstākai speciālai tiesai, kad tā lemj strīdā par normu atbilstību konstitūcijas materiālajām tiesību normām vai parlamenta pieņemtā likuma noteikumu jēgu un saturu, ja par šo jautājumu Valsts padome, Augstākā tiesa (Aeropags) vai Revīzijas tiesa ir lēmušas atšķirīgi. Augstākā speciālā tiesa līdz šim gandrīz nav nodarbojusies ar jautājumiem, kas skartu Eiropas integrāciju.
2. Līdz 2004. gadam Valsts padomes Augstākās administratīvās tiesas Senāti gandrīz pilnībā izvairījās izlemt jautājumu par jebkādam pārākuma attiecībām starp konstitucionālajām un Kopienu, respektīvi, Savienības tiesībām. Argumentācija attiecīgajos tiesu nolēmumos rada iespaidu, ka tiesneši abas tiesību sistēmas uztver kā tādas, kas atrodas stingri horizontāli saistītās savstarpēji papildinošās attiecībās<sup>3</sup>. Tikai vienā no 4. Senāta nolēmumiem lietā par mediju tiesībām ar publiskā iepirkuma tiesību ievirzi (mediju uzņēmuma „galvenā akcionāra“ izslēgšana no piedalīšanās publiski tiesiskajā iepirkuma procedūrā) ar balsu vairākumu tika atzītas pārākuma attiecības par labu strīdu izšķirošajai nacionālās konstitūcijas normai (14. pants §9). Nolēmuma pamatojumā juridiski metodoloģiski tika izmantots viss cits tikai ne neapstrīdama argumentācija: Kopienu tiesību sistēmas pārākums pār konstitūciju būtu tas pats, kas noliegt Grieķijas konstitūcijas pieņēmēja tiesības veikt izmaiņas normatīvajos aktos, kaut arī Grieķijas konstitūcijas 28. pantā ietvertais integrācijas klauzulas noteikums nav ar augstāku formālu spēku kā citi konstitūcijas priekšraksti. Plēnums, kuram izskatīšanai tika nodota lieta, neizteica savu viedokli par minēto jautājumu. Tomēr tas nosūtīja EKT, atsaucoties citastarp uz tiesu praksi lietās *La Cascina* und *Fabricom*, pieteikumu par prejudiciāla nolēmuma saņemšanu uz jautājumu par strīdu

<sup>1</sup> tulkojumu no vācu valodas veica *Līga Ziedīņa*

<sup>2</sup> *Expert Counsellor* Grieķijas Ārlietu ministrijā; Valsts publiskās administrācijas augstskolas Atēnās docents, kas pasniedz administratīvās un publiskā iepirkuma tiesības, kā arī likumdošanas tehniku.

<sup>3</sup> Izmantotais jēdziens lietots Jestaedt, *Der europäische Verfassungsbund. Verfassungstheoretischer Charme und rechtstheoretische Insuffizienz einer Unschärferelation* // Calliess (red.), *Verfassungswandel im europäischen staaten- und Verfassungsbund*, 2007, 93/110 lpp.

izšķirošās ar publisko iepirkumu saistītās sekundāro tiesību normas „galējo” raksturu un „galvenā akcionāra” izslēgšanas atbilstību samērīguma principam. Tāpat Plēnums uzdeva jautājumu par piemērojamo direktīvu pārbaudi atbilstoši uz „galveno akcionāru” piemērojamajām norādītajām normām. Pārsteidzošā kārtā tas notika ņemot vērā tādus aspektus, kā konkurences izkropļošanas novēršana, caurskatāmības veicināšana un subsidiaritātes principa iespējamais pārkāpums. Ģenerālvokāts, starp citu, šķiet neapšaubā savos viedokļos<sup>4</sup> attiecībā uz spriedumu lietā Fabricom Grieķijas Konstitūcijas normas atbilstību Kopienų tiesībām. Viņš norāda, ka Kopienų tiesības principā neliek šķēršļus dalībvalstīm no publiskā iepirkuma procedūras izslēgt piedāvātājus, kas saistīti ar mediju uzņēmumu, ar mērķi sasniegt efektīvu konkurenci un nodrošināt vispārējos caurskatāmības pamatprincipus un piedāvātāju vienlīdzību, ja minētais līdzeklis – izslēgšana – atbilst samērīguma principam. Pēdējais nav attiecināms uz gadījumiem, ja konstitūciju īstenojošajā likumā noteiktās „galvenā akcionāra” īpašības tiek atzītas par vispārēji nesamērojamām ar tām, ko izvirza piedāvātājam. Sešus gadus pirms tam ievērojams tiesnešu mazākums (11 pret 16 balsīm) Plēnuma nolēmumā par pienākumu atzīt akadēmiskās studiju programmas, no kurām daļa bija paredzētas kā ārvalstu universitāšu filiāles, pamanīja neko citu kā kolīziju starp Eiropas Kopienų dibināšanas līgumos nostiprināto darba ņēmēju brīvas pārvietošanās un nodibinājumu brīvību un Grieķijas konstitūciju. Tā vietā, lai nosūtītu EKT pieteikumu prejudiciāla nolēmuma saņemšanai par svarīgākajiem jautājumiem, Valsts padomes vairākums domāja, ka rūpīgi noliedzot Kopienų tiesību būtiskumu, tā spēs izvairīties no problēmām. Galu galā tas bija jautājums par valstij parādā palikušo personu izceļošanas aizlieguma atbilstību Kopienų tiesībām, ņemot vērā darba ņēmēju pārvietošanās brīvību, kas 1994. un 1995. gadā „sašķēla” Valsts padomes 4. Senātu tādā veidā, ka viens pēc otra sekoja attiecīgi piecu un septiņu tiesnešu pieņemti, savstarpēji ļoti atšķirīgi nolēmumi. Pirmajā no tiem pirmo reizi (un vienīgo ar balsu vairākumu) tika atzīts Kopienų tiesību pārkāpums kolīzijas gadījumā. Savukārt otrajā Senāta nolēmumā tieši pēc tam šī nostāja tika pārskatīta.

3. Attiecīgajos Valsts padomes nolēmumos, veicot juridisko siloģismu, jau lielajā premisā tiek izdarīts secinājums par strīdu izšķirošās nacionālās normas atbilstību konstitūcijai un tad seko argumentācija par tās atbilstību Kopienų tiesībām. Tomēr: visas Grieķijas tiesas ņem vērā svarīgākos EKT nolēmumus un, jo īpaši, Eiropas tiesību efektivitātes principu un cenšas eiropeizēt pamattiesību aizsardzību. Kopienų tiesību sistēmas autonomija šajā gadījumā nekad netiek apšaubīta. Netiek pausts viedoklis par Savienības tiesisko dabu.
4. Pretēji tam zemāku instanču civil- un administratīvās tiesas – acīmredzot ievērojot konstitūcijā nostiprinātās Grieķijas tiesneša neierobežotās pilnvaras pārbaudīt visu normu atbilstību konstitūcijai – bieži un izskatāmo lietu atšķirīgo faktisko apstākļu dēļ ir atzinusi Kopienų tiesībām atbilstošas tiesību piemērošanas pārkāpumu pat pār konstitūciju. Tomēr ievērojama ir Augstākās tiesas (Areopags) konservatīvā nostāja, kura kasācijas procesā pēc savas iniciatīvas nevēlas pārbaudīt pārsūdzētā nolēmuma atbilstību Kopienų tiesībām.

---

<sup>4</sup> Skatīt viedokļus lietā Nr. C-213/07

5. Vēl neieviestu direktīvu piemērošana tiesas procesā ir izrādījusies kā labs un piemērots atsvars Grieķijas likumdevēja, uz kura pienākumu izdot tiesību normas tiek cītīgi norādīts, arvien nolaidīgajai rīcībai. Joprojām, lai tiktu sasniegts integrācijas efekts, nacionālās normas bieži tiek teleoloģiski reducētas vai, gluži otrādi, to piemērošanas joma tiek ievērojami paplašināta.
6. Argumentācija, kas ir sastopama dažos Valsts padomes nolēmumos, rada iespaidu, ka tiesa, piemērojot Kopienu tiesību sistēmā esošo samērīguma principu, izvirza tam stingrākās prasības. Tādējādi var izveidoties situācija, ka viena un tā pati norma ir pretrunā Eiropas Kopienu tiesībām, bet vienlaicīgi, vērtējot to attiecībā pret Grieķijas tiesās piemērotajiem samērīguma principa kritērijiem, tiek atzīta par atbilstošu tām.
7. Kā tipisks piemērs tiesību piemērošanas „apgieztai“ integrācijas iedarbībai var tikt apskatīta tiesu prakse par administratīvi procesuālajām tiesībām iesniegt pieteikumu ar vides tiesībām saistītu strīdu gadījumā. EKT judikatūrā izvirzītie nosacījumi, lai personai būtu individuālas tiesības un attiecīgi būtu pieeja tiesai, ir salīdzināmi ar tiem, kas darbojas Grieķijas administratīvajās tiesās attiecībā uz šīm tiesībām. Nepārsteidz tas, ka Grieķijas procesuālajās tiesībās tāpat kā Kopienu tiesībās ir jāmeklē pēc individualizācijas pazīmēm. Kamēr Grieķijas procesuālajās tiesībās, kas ir cēlušās no Francijas kasācijas sistēmas, procesa mērķis primāri ir vērsts uz to, lai saglabātu objektīvo tiesību sistēmu, Kopienu procesuālo tiesību mērķis aptver arī objektīvu tiesisko kontroli.
8. Prejudiciālo nolēmumu sniegšanas procedūru skaits Grieķijas gadījumā ir ievērojami mazāks nekā citās Savienības dalībvalstīs<sup>5</sup>. Kamēr zemāku instanču tiesas bez īpašas vilcināšanās izmanto iespēju vērsties EKT ar tiesas pieteikumu, Valsts padomes Senāti lielākajā skaitā gadījumu ļoti strīdīgus jautājumus nodod izlemšanai Plēnumam. Pat mazākuma viedokļa gadījumā Plēnums reti raksta Luksemburgai adresētus tiesas pieteikumus.

---

<sup>5</sup> Pēc tam, kad 2002. gadā Eiropas Savienības Augstāko administratīvo tiesu apvienībai tika nosūtīts ziņojums par valsti (Grieķiju), katru gadu 15 no 4.500-5.000 lietām ir saistītas ar Eiropas Kopienu tiesībām.